

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei.
Dresden 1330.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 72.

Sonnabend, 25. März 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Besondere Tarife. Wemiglicher Rabatt erteilt, wenn der Vertrag verfaßt, durch Frage eingetragener werden muß oder der Auftraggeber in Kontors gerät. Anzeigen- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Fernschreibungsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkosten oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Verlagsdruckerei und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wochensatzung 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Kundgebungen für Hitler und die nationale Regierung.

Gegen die Greuelpropaganda in Amerika. Erklärungen aus der nächsten Umgebung Hitlers.

Wds. Berlin. Namens des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, der seit 1921 den Kampf gegen die Kriegsschuld-lüge und für die Revision des Versailler Vertrages führt, haben Gouverneur Dr. Schnee und Dr. h. c. Hans Droege an Reichskanzler Hitler ein Telegramm gerichtet, in welchem sie ihm dafür danken, daß er an den Anfang des neuen Abschnittes der deutschen Politik und Geschichte die Zurückweisung der Kriegsschuldfrage gestellt und ausgesprochen habe, daß weder der Kaiser noch die Regierung noch das deutsche Volk den Weltkrieg gewollt haben. Sie danken ihm weiter, daß er den Anspruch des deutschen Volkes auf gleiche Lebensrechte, gleiche Freiheit und Einlösung der Währungsverpflichtung der anderen erhoben habe.
Auch der Deutsche Offiziersbund dankt dem Reichskanzler in einem Telegramm für die klare und deutliche Zurückweisung der deutschen Schuld am Kriege und dafür, daß der Kanzler sich in dieser Frage schützend vor den Kaiser stellte.
Der Bund deutscher Architekten spricht in einem Telegramm an die Reichsregierung sein vollstes Vertrauen zur nationalen Führung unseres Volkes aus und erklärt gleichzeitig seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an dem nationalen Aufbau-Programm.

Appell an die deutsche Jugend.

Der neue Präsident des Reichsstudentenrats für Jugend-erziehung, Rittmeister a. D. von Neufville, richtet an die deutsche Jugend folgenden Appell:
„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Ohne tüchtige Jugend keine tüchtigen Männer und kein tüchtiges Volk.“

Im Geiste des allverehrten Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls, dessen Vertrauen mich an die Spitze des Reichsstudentenrats für Jugend-erziehung gestellt hat, trete ich mein Amt an, gewillt, der ganzen deutschen Jugend zu dienen und mit ihr für das Ganze zu kämpfen.

Das von meinem verdienstvollen Vorgänger, dem all-erfahrenen General von Stillingen, begonnene Werk der Jugend-erziehung werde ich weiterführen und ausbauen, getreu den Grundgedanken, die er in bester deutscher und preussischer Soldatenart aufgestellt hat.

Zur Durchführung meiner verantwortungsvollen Aufgabe erbitte ich das Vertrauen und die Mitarbeit aller Deutschen, vor allem meiner Kameraden und Mitkämpfer des Stahlhelms, der SA, SS, und der ganzen wehrfähigen Jugend.

Vorwärts mit Gott und deutscher Kraft!
Bez. von Neufville.“

Ein Aufruf

des Generaldirektors der Reichsbahn.

Wds. Berlin. Der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, hat an die Beamten und Arbeiter der Deutschen Reichsbahn folgenden Aufruf erlassen:
„Die nationale Regierung hat die Deutsche Reichsbahn in die Hand genommen. Bei dem Wiederaufbau des deutschen Reiches kann sie mit der bereitwilligen Mitarbeit der Deutschen Reichsbahn rechnen. Der deutsche Eisenbahner hat durch die Not der Zeit sein Ehrenbild blutig gehalten. Im Weltkrieg hat er den rühmlichen Aufmarsch des Heeres bewältigt, die gewaltigen Anforderungen von Feind und Heimat erfüllt und zum letzten bitteren Ende auch die Rückschläge des Heeres erduldet.“

Wenige Jahre nachher waren die Läden, die Ariege und Abgabe von Lokomotiven und Wagen gestillt hatten, wieder geschlossen, Pünktlichkeit und Ordnung bei der Reichsbahn wieder eingelehrt und das erneute Mitgehen mit den Fortschritten der Technik ermöglicht. Durch Opferwilligkeit und eiserne Disziplin ist es der Reichsbahn aus eigener Kraft gelungen, ihre inneren Verhältnisse wieder gesund zu gestalten und zum Nutzen des Reiches und der deutschen Wirtschaft ihre Finanzen in Ordnung zu halten.
Der gute Geist der deutschen Eisenbahner hat daran das Hauptverdienst. Dieser Geist der Ordnung, Disziplin und Opferfreudigkeit ist bis heute trotz allem erhalten geblieben.
Seht alle nunmehr eure volle Kraft freudig dafür ein, daß das von der nationalen Regierung erstrebte Ziel, unser Vaterland wieder zur Ordnung, Macht und Ansehen zu führen, auch durch die tatkräftige Mitarbeit der Deutschen Reichsbahn erreicht wird.“

Deutscher Bürgermeisterbund

für die nationale Regierung.

Wds. Berlin. Der Vorstand des Deutschen Bürgermeisterbundes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, der Deutsche Bürgermeisterbund schließt sich mit seinen Mitgliedern zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Staatsregierung, um die besten Kräfte der Nation der Verwaltung der Gemeinden zu erhalten und sie ihr zuzu-

führen, damit der alte achtbare Stand des ehrlichen, sparsamen wirtschaftenden und verantwortungsbewußten alt-preussischen Berufsbeamten auch in den wichtigsten leitenden Stellen der Gemeindeverwaltungen bald völlig wiederhergestellt sein möge. Der Bund habe Verständnis dafür, daß die nationale Regierung mit starker Hand eingreife, um Beamte, die ohne notwendige Vorbildung und Eignung in ungerechter Bevorzugung vor den Berufsbeamten durch Parteimittel ins Amt gelangt sind, aus diesen Ämtern wieder zu entfernen. Im Interesse der absoluten Sauberkeit des Verwaltungsbereiches sei auch zu fordern, daß Gemeindebeamte, die nicht matrikelmäßig geblieben sind, rückwärts zur Wehrschaft gezogen werden. Jedoch lege sich der Bund für alle bisher einmündigen Gemeindevorstandsbeamten ein. Solange ohne ihr Verschulden im Verlaufe des politischen Wandels entlassenen Beamten sollten die Rechte, die sie sich in ihr langer Lebensarbeit erworben haben, in vollem Umfange behalten.

Ermächtigungsgesetz in Kraft

Das vom Reichstag und vom Reichrat mit verfassungs-ändernder Mehrheit angenommene Ermächtigungsgesetz für die Regierung der nationalen Erhebung ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet, am Freitag spätabends in der Gesetzsammlung abgedruckt worden und damit in Kraft gesetzt.

Satzrechtlich ist damit vor allen Dingen die wichtige Änderung herbeigeführt worden, daß die Regierung nicht

Antwort: „Natürlich! Dafür haben wir unsere Polizei und unsere Kriminalpolizei.“

Frage: „Könnten in der gegenwärtigen Lage Männer wie Sie Feindwachen und Eindein nach Deutschland zurückführen, ohne belästigt zu werden?“

Antwort: „Diese Frage kann ich nicht beantworten. Darüber haben die Gerichte zu entscheiden. Es ist sehr bedauerlich, daß diese beiden Männer im Auslande sich in abfälliger Weise über Deutschland äußerten.“

Frage: „Sind diese Berichte verbreitet, daß die Regierung alle Juden aus öffentlichen Ämtern entfernt. Sind diese Berichte wahr?“

Antwort: „Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Berichte ist die Tatsache, daß noch heute viele hohe amtliche Stellen von Juden besetzt sind.“

Frage: „Bedauert die deutsche Regierung, daß die amerikanischen Konsulate in Deutschland von sich aus eine Untersuchung über die Berichte über Greuel eingeleitet haben?“

Antwort: „Durchaus nicht! Im Gegenteil, die nationale Regierung begrüßt eine solche Untersuchung als den besten Weg, die Wahrheit über die Lage in unserem Vaterland herauszufinden und zu verbreiten.“

Frage: „Es sind hier Berichte verbreitet, nach denen es den in der Pfalz lebenden Juden verboten worden ist, ihre Depositen von den Banken abzuheben. Auch sollen sie mit Ausweisung bedroht worden sein. Sind diese Berichte wahr?“

Antwort: „Ich weiß wirklich nicht, woher alle diese lächerlichen Berichte kommen.“

Auf Einzelfragen über Verfolgung von Juden entgegnete Hanfstaengl: „Die Untersuchungen der schwedischen wie der holländischen Berliner Gesandtschaft haben ergeben, daß nicht ein einziger Jude getötet oder verletzt worden ist. Jeder Reisende kann sich selbst davon überzeugen, daß nie so viel Frieden und Ruhe während der ganzen 14 Jahre sozialistischer Herrschaft geherrscht hat wie während der letzten Wochen mit Ausnahme der ersten paar hektischen Tage.“

Frage: „Gatten die kleineren Zusammenstöße, die sich in den kritischen Tagen der Revolution ereigneten, politische oder religiöse Gründe?“

Antwort: „Politische natürlich! Wenn Sie gegen jemand kämpfen, fragen Sie doch nicht, welcher Kirche er angehört!“

Frage: „Wird Hitler Ruffallol besuchen?“

Antwort: „Das kann ich Ihnen jetzt wirklich noch nicht bestimmen sagen. Wir haben augenblicklich sehr viel mit der Innenpolitik zu tun; trotzdem ist ein solcher Besuch nicht unmöglich. Zum Schluß möchte ich dann ganz allgemein sagen, daß viele einzelne Juden und jüdische Organisationen unsere Regierung unterstützen, weil sie einsehen haben, daß die einzige Alternative zur Regierung der nationalen Revolution kommunistische Terrorherrschaft wäre.“

Das Gespräch, das Generaldirektor Connolly von einem New Yorker Büro aus durch Vermittlung von Herrn von Doemming (H. New York) mit dem vom Braunen Haus aus sprechenden Dr. Hanfstaengl führte, dauerte 15 Minuten. Die Verhandlung war außerordentlich gut.

nur ohne Reichstag und Reichsrat Gesetze schaffen und in Kraft setzen kann, sondern daß sie auch nicht der Unterschrift des Reichspräsidenten für die Vollziehung von Gesetzen bedarf.

Kraftfahrzeugsteuergesetz verlängert bis 1. Mai

Da die Erörterungen über die Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer nicht bis zum 1. April 1933 abgeschlossen werden können, ist beabsichtigt, die Geltung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes bis zum 1. Mai 1933 zu verlängern.

Neuordnung des Betriebsrätewesens

Nach Erkundigungen des Sächsischen Arbeitsministeriums, die in Berlin eingezogen wurden, steht eine vollkommene Neuordnung des gesamten Betriebsrätekomplexes unmittelbar bevor. Sie wird als Reichsregelung erfolgen. Einzelmaßnahmen der Länder würden deshalb zwecklos und im Hinblick darauf, daß durch das nunmehr angenommene Ermächtigungsgesetz die Reichsregierung viel weitergehende Vollmachten erhielt, auch kaum im Sinn einer organischen und einheitlichen Entwicklung sein.

Das sächsische Volk wird Verständnis dafür besitzen, daß es unter diesen Umständen noch ein wenig Geduld haben muß; die grundlegende Reichsregelung ist auf dem Wege.